

Infektion kein Dienstunfall? Polizist klagt

Justiz Ein Beamter aus Neu-Ulm sagt, er habe sich das Coronavirus bei einem Lehrgang eingefangen. Er zieht vor Gericht.

Neu-Ulm. Im März 2020, da kam Corona gerade erst so richtig an in Deutschland. Am 20. März ging es in den ersten Lockdown. Vorher aber fand auf dem Gelände der bayerischen Bereitschaftspolizei in Eichstätt noch ein Sportübungsleiter-Lehrgang statt. Mit dabei war auch ein junger Beamter aus Neu-Ulm. Dieser infizierte sich dabei – wie viele weitere Kollegen – mit dem Coronavirus. Nun klagt er vor dem Verwaltungsgericht Augsburg darauf, dass diese Infektion als Dienstunfall anerkannt wird.

Der Mann gibt laut Gerichtssprecher Wolfgang Müller an, während des Lehrgangs plötzlich grippeähnliche Symptome verspürt zu haben, ein Test brachte Gewissheit. Der Polizeiobermeister ist bis heute im Dienst bei der Inspektion Neu-Ulm.

Auf der Gegenseite bei der Verhandlung werden die Vertreter des Landesamtes für Finanzen sitzen. Diese lehnen die Anerkennung ab. Ihr Argument: Es sei nicht erwiesen, dass die Infektion bei dem Lehrgang stattgefunden hat, diese könne auch anderswo erfolgt sein. Zudem wird die Bewertung als Dienstunfall zurückgewiesen: Die Infektionsgefahr sei damals allgemein hoch gewesen, ein Stückweit also allgemeines Lebensrisiko.

Offenbar ein Präzedenzfall

In Bayern ist laut Medienberichten bisher keine Corona-Infektion eines Polizisten als Dienstunfall anerkannt worden. In anderen Bundesländern wie etwa Schleswig-Holstein ist das hingegen möglich. Den Beamten geht es mit der Einstufung als Dienstunfall darum, sich und ihre Angehörigen gegen mögliche langfristige Schäden abzusichern, Stichwort: Frühpensionierung Versorgungsbezüge. Der Freistaat müsse seiner Fürsorgepflicht als Dienstherr gerecht werden.

Es heißt, in Bayern seien bisher Dutzende Anträge eingereicht worden. Mehrere Polizisten beschreiten den Klageweg, viele haben sich bei besagtem Sportlehrgang angesteckt. Entschieden ist laut der Deutschen Polizeiverwerkschaft noch keiner dieser Fälle. Es ist offenbar so, dass der Neu-Ulmer der erste ist, der verhandelt wird. „Das ist ein Präzedenzfall“, sagt ein Szenekenner.

Die DPoIG fordert von der Politik sogar, die Corona-Infektion als Berufskrankheit anzuerkennen. Die SPD in Bayern will das Problem gesetzlich lösen, ein entsprechender Antrag ist ins Parlament eingebracht worden. Das Finanzministerium versichert, jeden Einzelfall gewissenhaft zu prüfen. Es bleibt aber bei der Einschätzung, dass es „einer über das allgemeine Ansteckungsrisiko hinausgehenden Gefährdungslage bedarf“, was eine Corona-Infektion als Dienstunfall anerkennen zu können. *Niko Dirner*

Die Freier tragen Verantwortung

Gesellschaft Internationaler Fachkongress zu Menschenhandel und sexueller Ausbeutung: Von Ulm aus schließen sich 160 Experten aus den Donauländern zusammen, um ihre Arbeit besser zu vernetzen. *Von Hans-Uli Mayer*

Seit 2002 gilt in Deutschland das 2016 veränderte Prostitutionsgesetz. Doch das Ziel des einst von einer rot-grünen Regierung verabschiedeten Werkes verfehlt die Wirkung, wie viele Kritiker sagen. Manche sehen darin den Ausgangspunkt einer Entwicklung, die Deutschland „zum Puff Europas“ gemacht hat. „Es ist ein Irrglauben, dass die Legalisierung der Prostitution die Frauen schützt“, sagte etwa Ralph Seifert von der Stadtverwaltung Neu-Ulm am Mittwoch im Ulmer Roxy, von wo aus ein international besetzter Fachkongress online in den Donauraum ausgestrahlt wird.

Das Projekt währt schon lange und hat seinen Ursprung 2018 auf dem Internationalen Donaifest, wo das Ulmer Bündnis gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution seinen ersten Auftritt hatte, das gemeinsam mit Polizei, dem Donaubüro und dem Frauenbüro der Stadt Ulm wesentlicher Treiber der Fachkonferenz ist. 160 Teilnehmer aus elf Donauländern haben sich angemeldet, allesamt Akteure aus den Straf-

Das Opferbewusstsein kommt erst spät, wenn der Körper nicht mehr mitmacht.

Marietta Hagoney

Leiterin der Beratungsstelle Solwodi

verfolgungsbehörden, aber vor allem auch aus Menschenrechtsorganisationen und von Hilfsprojekten. Denn in einem sind sich alle einig: Bei der Prostitution handelt es sich nicht um freiwillige Sexarbeit, zumal die weder etwas mit Sex noch mit Arbeit zu tun habe, sondern schlicht Gewalt an Frauen sei.

Schätzungen besagen, dass weit mehr als 80 Prozent aller Frauen in deutschen Bordellen aus den armen Ländern Südosteuropas kommen, wo Notlagen ausgenutzt werden, um junge Frauen mit verheißungsvollen Versprechungen in den Westen zu



Mit hohem technischen Aufwand wird die Konferenz mit 160 Teilnehmer aus elf Donauländern vom Roxy in der Oberen Donaubastion aus gesteuert – finanziert von der Landesregierung Baden-Württemberg. Von links: Sebastian Rihm (Donaubüro), Marietta Hagoney von Solwodi, Moderatorin Inge Bell und Diana Bayer vom Frauenbüro der Stadt Ulm. *Foto: Volkmar Könneke*

locken und sie körperlich auszu-beuten. „Das Bild der Sexarbeit ist falsch. 15 Penetrationen pro Tag, 100 Kondome die Woche – der Traum vom goldenen Westen sieht anders aus“, berichtet Marietta Hagoney von ihrer Arbeit in der Beratungsstelle Solwodi in Aalen.

Sehr häufig stelle sie fest, dass die Frauen lange kein Opferbewusstsein hätten. „Sie denken, das ist ja erlaubt in Deutschland und kann deswegen nicht so schlimm sein.“ Familie und Herkunft spielen dabei eine große Rolle, denn in den kollektivistisch strukturierten Heimatländern seien die Angehörigen auf das Geld angewiesen. Oder die Frauen werden gleich von ihren Clans ausgewählt und nach Deutschland geschickt, sagte Hagoney. „Das Opferbewusstsein kommt erst spät, wenn der Körper nicht mehr mitmacht.“

Solche Situationen bieten sich auch der Ulmer Polizei. Sonja Bohlien von der Kripo bestätigt das Bild auch für die Region. Zwar seien Ulm und Neu-Ulm kein Hotspot, aber es gebe alles auch hier. Immerhin 33 Rotlichtbetriebe sind in der Doppelstadt zugelassen, das Durchschnittsalter der Frauen beträgt 24 Jahre, viele sei-

en aber auch jünger als 21 Jahre, berichtete die Kriminalbeamtin.

Die nächsten zwei Tage noch wird die Konferenz dauern, in der es vor allem auch darum geht, dass sich die Akteure aus den Ländern kennen lernen, Vertrauen aufbauen und sich vernetzen, um den Frauen besser helfen zu können. Letztlich aber müsse das

Ziel sein, das Verhalten der Freier zu thematisieren. Die wüssten sehr wohl, wie es im Milieu zugehe, und dass die Frauen nicht freiwillig dort seien, handelten aber nicht danach. „Die Freier tragen Verantwortung“, sagte die Menschenrechtlerin Inge Bell, die die Fachtagung moderiert. Es helfe auch keine Selbstverpflichtung, es brauche Gesetze wie etwa das nordische Modell, dessen Einführung der bei Ulm wohnende Experte und ehemalige Kriminalbeamte Manfred Paulus seit Jahren fordert. In Schweden und anderen Ländern werden die Freier bestraft, nicht die Frauen. Bell: „Schweden hat in 20 Jahren einen Perspektivwechsel geschafft.“

Den brauche es auch in Deutschland, fordern Diana Bayer vom Frauenbüro und Bürgermeister Martin Bendel. „Das Thema gehört auf die Agenda. Dieses politische Signal ist wichtig.“

Breites Bündnis als Veranstalter

Konferenz Vor Jahren schon hat sich in Ulm das parteiübergreifende Bündnis gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution gegründet, das in Kooperation mit dem Donaubüro, der Stadt Ulm, der Beratungsstelle Solwodi, der Polizei und dem

Staatsministerium des Landes Baden-Württemberg diese Fachkonferenz veranstalten. Wegen der Brisanz und auch der Gefährlichkeit des Themas nehmen an der Online-Tagung nur eingeladene Experten aus den Ländern des Donauraums teil, die da-

durch einen sicheren Rahmen zum Aufbau von Kontakten haben sollen. Im Fokus stehen die Länder Ungarn, Rumänien, Bulgarien und die Republik Moldau – Länder, aus denen viele der zwangsweise prostituierten Frauen kommen.

Qualität des Biomülls ist besser geworden

Umwelt Entsorgungsbetriebe bedanken sich bei den Ulmer Bürgern. Aktion auf dem Wochenmarkt am 27. Oktober.

Ulm. Aus einem Kilo Salatblättern und anderen Küchenabfällen aus der Biotonne entsteht ein halbes Kilo Kompost – wenn man es richtig macht. Tatsächlich hat sich die Qualität des Ulmer Biomülls im Vergleich zum vergangenen Jahr deutlich gebessert. Um dies zu erreichen, haben die Entsorgungsbetriebe der Stadt Ulm (EBU) seit gut einem Jahr im Rahmen der Gelbe-Karte-Aktion verstärkt in Sachen Biomüllsammlung informiert. Auf der Gelben Karte selbst wurde über richtiges Sortieren aufgeklärt. Sie wurde in den Fällen von

den Müllwerkern an die braune Biomülltonne gehängt, wenn sich darin Fehlwürfe wie Plastiktüten befanden. „Im Laufe der Aktion konnte der Anteil an Störstoffen von 16 Prozent im Juli 2020 auf 7 Prozent im Oktober 2021 reduziert werden“, freut sich Ulrike Gläser, Abteilungsleiterin Abfallwirtschaft bei den EBU. Das sei Grund genug, sich gemeinsam mit mehr als 50 Abfallwirtschaftsbetrieben, Landkreisen und Kommunen an der bundesweiten „Biotonnen-Danke-Aktion“ zu beteiligen und sich bei den Ulmer Bürgerinnen und Bürgern „für das

engagierte Getrenntsammlen von Bioabfällen“ zu bedanken, betont Ulrike Gläser.

Echte Recyclingfortschritte

EBU-Betriebsleiter Thomas Mayer ergänzt: „Gerade die Bioabfallsammlung leistet einen wichtigen Beitrag zu Klimaschutz und Ressourcenschonung.“ Der Anteil der Küchen- und Gartenabfälle an den gesamten Abfällen zu Hause sei groß. In den 40 Jahren seit Einführung der Biotonne in Baden-Württemberg sei die Sammelmenge an häuslichen Bioabfällen von 2 auf 55 Kilogramm

je Einwohner angestiegen. „Für echte Recyclingfortschritte ist die Biotonne deshalb immens wichtig“, betont der Betriebsleiter. Aber: Im Vergleich mit dem baden-württembergischen Durchschnitt sei in Ulm mit einer Sammelmenge von 41 Kilogramm Biogut je Einwohner „noch Luft nach oben“.

Die Biotonnen-Danke-Aktion läuft noch bis Ende November. Am Mittwoch, 27. Oktober, werden EBU-Mitarbeiter auf dem Ulmer Wochenmarkt mit einem Stand vor der Geschäftsstelle der Volksbank in der Hirschstraße/

Ecke Pfauengasse vertreten sein. Kürzlich waren die Abfallberaterinnen der EBU bereits bei den Warentauschtagen im Bürgerzentrum Wiblingen vor Ort. Dort konnten sich die Bürger zu Fragen der Biomüllsammlung informieren und bei einer Glücksrad-Verlosung praktische Vorsortiergefäße zum Sammeln in der Küche sowie Biomülltütsensets gewinnen. *Carolin Stüwe*

Info Mehr zur Biogutsammlung und Abfallentsorgung unter ebu-uhl.de, per Email an abfallberatung@ebu-uhl.de oder unter Tel. (0731) 166-55 55.

Impulstag Leben und Endlichkeit

Ulm. Das Projekt Vives@BW (Virtuell verbunden – Seniorinnen & Senioren in Baden-Württemberg) veranstaltet am Samstag, 23. Oktober, von 10 bis 16.30 Uhr den Impulstag „Leben im Angesicht der Endlichkeit“. Referenten sprechen unter anderem über die Wahrnehmung der Vergänglichkeit, geben Tipps zur aktiven Gestaltung der älteren Lebensabschnitte und beleuchten rechtliche und soziale Fragen zum Thema. Weitere Informationen und Teilnahme unter info@ileu.net

Zum Sonnenaufgang in den Bergen aufgelegt

Neu-Ulm/Reutte. Der in Neu-Ulm wohnende DJ Christ Montana hat es wieder getan. Nachdem er unter anderem schon auf der Wilhelmshausburg und in einem Heißluftballon aufgelegt hat, spielte er nun auf der Hängebrücke Highline179 bei Reutte in Tirol ein so genanntes DJ-Set ein. „100 Meter über dem Boden – umarmt von den Bergen“, so beschreibt der Produzent, der eigentlich Christian Iberle heißt, das Erlebnis. Er wolle seinen Fans „außergewöhnliche Momente“ bieten. Iberle hatte seine „Sunrise Sessions“ gestartet, um Mut zu machen. Die Videos gibt's bei Youtube. *nid*



DJ Montana auf der Hängebrücke Highline179. *Foto: Thomas Melcher*

Kirchenkabarett Launig in der Corona-Variante

Ulm. „Gewundert, geschmunzelt, gelacht“ – diese 3G-Regel gilt für den Kirchenkabarettabend „Grenzwertig“ in Corona-Variante am Freitag, 22. Oktober, 20 Uhr, im Gemeindehaus von St. Georg. „Symptome sind kürzeres Programm, weniger Teilnehmende, keine Stars“, heißt es in der Einladung. Der Eintritt kostet 5 Euro. Karten gibt es beim ev. Bildungswerk Tel. (0731) 920 00 24, bei der kath. Erwachsenenbildung Tel. (0731) 920 60 20. Eine Anmeldung ist erforderlich.

Forstpflanze im Wald Jungfern

Im Waldgebiet „Großer Gehren“ finden im Winter wieder Pflegearbeiten statt. Was geplant ist, stellen Mitarbeiter der Forstverwaltung bei einer Waldbegehung am Samstag, 23. Oktober, vor. Treff ist um 14 Uhr auf dem Wanderparkplatz an der Straße zum Buckenhof.

Mahnwache für Assange

Ulm. Die „Free Assange Gruppe“ veranstaltet am Samstag, 23. Oktober, von 19 Uhr an eine Mahnwache auf dem Münsterplatz für Julian Assange. Für jeden Tag, den der Wikileaks-Gründer im Gefängnis verbringen musste, soll eine Kerze angezündet werden.